

## **Die Forschung hat allen Grund zur Zuversicht**

### **Leibniz-Präsident Ernst Rietschel begrüßt Eckpunkte des Koalitionsvertrags**

**Bonn/Berlin** – „Der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP gibt der Wissenschaft in Deutschland allen Grund zur Zuversicht“, sagt der Präsident der Leibniz-Gemeinschaft. „Die Pläne der neuen Bundesregierung setzen wichtige Akzente in der Forschungspolitik“, urteilt Ernst Th. Rietschel. Dazu zählten nicht nur die Fortführung des Paktes für Forschung und Innovation und die damit verbundenen Mittelsteigerungen, sondern insbesondere das angekündigte Wissenschaftsfreiheitsgesetz. Dies sei eine Herzensangelegenheit der Forschungsorganisationen. „Wichtige Punkte, für die wir seit langem kämpfen, sind im Koalitionsvertrag verankert“, erklärt Rietschel und nennt als Beispiele Globalhaushalte für Forschungseinrichtungen, Tarifhoheit für die großen Forschungsorganisationen sowie die Förderung von Frauen in der Wissenschaft. „Was mich als Präsident der Leibniz-Gemeinschaft mit ihren großen Museen besonders freut, ist die explizite Ankündigung der Regierung, die Forschungsmuseen zu stärken.“

Ernst Rietschel begrüßt, dass Bundesforschungsministerin Annette Schavan im Amt bleiben soll: „Ich habe Frau Schavan in den vergangenen vier Jahren als herausragende Förderin der Wissenschaft erlebt und sehe der weiteren Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung mit Freude und Zuversicht entgegen.“

Deutschland stehe vor großen Herausforderungen, zu deren Bewältigung die Forschung maßgeblich beitragen könne. „Das betrifft auch die anderen Ressorts der Regierung, mit denen viele Leibniz-Einrichtungen seit langem eng verbunden sind“, betont Rietschel. Gerade im Bereich Gesundheitsforschung gebe es viele Aufgaben zu lösen. Dies geschehe am besten in Kooperation mit Universitäten und anderen Forschungsorganisationen. Der Leibniz-Präsident begrüßt daher ebenfalls die Ankündigung, „Deutsche Zentren der Gesundheitsforschung als langfristig angelegte, gleichberechtigte Partnerschaften von Forschungseinrichtungen, Universitäten und Kliniken zu schaffen“. Ernst Rietschel: „Hier werden die Leibniz-Einrichtungen gerne ihre Exzellenz und Expertise einbringen.“ Ein positives Signal gerade für die Leibniz-Gemeinschaft sei auch der Passus zu Geistes- und Sozialwissenschaften. Diese sollen laut Koalitionsvertrag gestärkt werden, da sie von großer Bedeutung für unser kulturelles Gedächtnis und die Gestaltung unserer Zukunft sind.

Insgesamt zeige der Koalitionsvertrag, dass die neue Regierung es nicht bei Ankündigungen belasse, sondern wichtige Ziele schriftlich fixiert habe. „Ich kann die Aussage nur unterstreichen, dass eine zukunftsfähige deutsche Wirtschaft auf freien Entwicklungs- und Forschungsmöglichkeiten beruht“. Der Leibniz-Präsident fügt hinzu: „Es freut mich zudem, dass die Nachhaltigkeit eine große Rolle im Vertrag spielt. Ich wünsche der neuen Regierung eine glückliche Hand bei der Umsetzung ihrer Ziele, die Leibniz-Gemeinschaft wird sie dabei nach Kräften unterstützen.“

**Pressekontakt**

Pressestelle der Leibniz-Gemeinschaft  
Schützenstraße 6a  
10117 Berlin

Josef Zens  
Pressesprecher  
Tel.: 030 / 20 60 49-42  
Fax: 030 / 20 60 49-55  
E-Mail: zens@leibniz-gemeinschaft.de

Christoph Herbort-von Loeper  
Pressereferent  
Tel.: 030 / 20 60 49 – 48  
Mobil: 0174 / 310 81 74  
herbort@leibniz-gemeinschaft.de

**Die Leibniz-Gemeinschaft**

Zur Leibniz-Gemeinschaft gehören zurzeit 86 Forschungsinstitute und wissenschaftliche Infrastruktureinrichtungen für die Forschung sowie drei assoziierte Mitglieder. Die Ausrichtung der Leibniz-Institute reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Sozial- und Raumwissenschaften bis hin zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute bearbeiten gesamtgesellschaftlich relevante Fragestellungen strategisch und themenorientiert. Dabei bedienen sie sich verschiedener Forschungstypen wie Grundlagen-, Groß- und anwendungsorientierter Forschung. Sie legen neben der Forschung großen Wert auf wissenschaftliche Dienstleistungen sowie Wissenstransfer in Richtung Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Öffentlichkeit. Sie pflegen intensive Kooperationen mit Hochschulen, Industrie und anderen Partnern im In- und Ausland. Das externe Begutachtungsverfahren der Leibniz-Gemeinschaft setzt Maßstäbe. Jedes Leibniz-Institut hat eine Aufgabe von gesamtstaatlicher Bedeutung. Bund und Länder fördern die Institute der Leibniz-Gemeinschaft daher gemeinsam. Die Leibniz-Institute beschäftigen etwa 14.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon sind ca. 6.400 Wissenschaftler, davon wiederum 2500 Nachwuchswissenschaftler. Der Gesamtetat der Institute liegt bei mehr als 1,2 Mrd. Euro, die Drittmittel betragen etwa 244 Mio. Euro pro Jahr.

[www.leibniz-gemeinschaft.de](http://www.leibniz-gemeinschaft.de)